Anträge an die Hauptversammlung der BAG DIE LINKE.queer 2011

Antrag 1
Finanzplan 2012
Antragsteller: Andreas Günther
Der Antrag ist ein Platzhalter, damit fristgemäß ein solcher Antrag eingereicht wird. Das Bundestreffen ist natürlich souverän, ihn beliebig zu verändern.

Einnahmen:		
Zuschuss der Bundespartei	5000	€
Spenden	500	€
gesamt	5500	€

Ausgaben:		
Bundestreffen	2500	€
CSD-Kampagne	1000	€
Internationale Arbeit	500	€
Öffentlichkeitsarbeit	1000	€
Laufende Kosten (Internet etc.)	500	€
gesamt	5500	

Antrag 2
Änderungsantrag zum Erfurter Parteitag, 21. – 23.10.2011
Antragssteller: DieLinke.Queer Hessen
Antragsgegenstand: Grundsatzprogramm Die Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Es wird ein eigenes Kapitel „Queer“ eingefügt. (S. 31 des Programmentwurfs, ab Zeile 1891)

„ Die Partei Die Linke steht für eine emanzipatorische Politik, die alle Lebensentwürfe unterstützt und für ihre Gleichberechtigung kämpft, insofern sich mündige Bürger ohne Zwang dazu entscheiden.
Wir lehnen Heterosexualität als gesellschaftliche Norm ab. Solange eine heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit stillschweigend ein Maßstab politischer Entscheidungen, juristischer Rahmensetzungen und kultureller Debatten bleibt, werden sexuelle und geschlechtliche Ausgrenzung reproduziert. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von "normal" und "anders". Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft.
Dazu gehört die Anerkennung von Intersexuellen als eigenständiges Geschlecht – auch im Personenstandsrecht. Jeder entscheidet selbst, zu welchem Geschlecht er gehören möchte – ob Mann, Frau oder intersexuell. Geschlechtsangleichende Operationen im Kindesalter sind in der Regel zu unterbinden. Transsexuelle sollen ohne zwingende Begutachtung das Recht haben, ihr Geschlecht zu ändern.
Wir fordern die Öffnung der Ehe für alle nicht heterosexuellen Lebensgemeinschaften.
Wir fordern gleiche Rechte für Schwule Lesben und andere auch in allen bestehenden Glaubensgemeinschaften.“

Begründung:
Als linke emanzipatorische Kraft muss queere Politik selbstverständlich Teil unserer

Grundsätze sein. Im Grundsatzprogramm der BAG Queer heißt es dazu:

„Politik der Kritik an der Heteronormativität muss Querschnittspolitik sein. Sie greift in alle Debatten, von der Sozial-, Familien bis zur Rentenpolitik ein, um die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt der Gesellschaft anzuerkennen, statt wie bisher von einer Normalität des Heterosexuellen auszugehen. Es geht um mehr, als den "armen Diskriminierten" Teilhabe und Rechte zu gewähren. […]Die kapitalistische Gesellschaftsform macht sich die Welt zum Untertan und schreibt sich in die Bedürfnisse der Menschen nach Sexualität ein, prägt die Lebensweisen und das Begehren. Die heterosexuelle Kernfamilie mit Kinderaufzucht war und ist keine romantische und sexuell erfüllte Wunschbeziehung, sondern eine ökonomische und gesellschaftliche Notwendigkeit, der sich nur wenige entzogen.“

Im Geiste dieser Erkenntnisse fordern wir einen eigenen Punkt Queerpolitik im Grundsatzprogramm der sich durch seine Grundsätzlichkeit fundamental von tagespolitischen Forderungen für Wahlkampfprogramme unterscheidet. Genau wie Kapitalismuskritik und Friedenspolitik sollte auch dieser Teil zur Selbstverständlichkeit unserer Partei gehören. Um dem Ausdruck zu verleihen ist es unbedingt erforderlich, dieses Feld auch im Grundsatzprogramm offensiv zu benennen.

Außerdem möge der Parteitag beschließen:

In die Aufzählung im Absatz „Antidiskriminierungspolitik“ ist hinter „Bisexuellen“ in Zeile 1929 „Intersexuelle“ einzufügen.

In Zeile 1932 ist das *„und“* zu streichen und hinter „ *in der Kommunikation*“ einzufügen „*und in der freien Entfaltung ihrer Sexualität.“*

In den Absatz ‚Antidiskriminierungspolitik’ ist vor Zeile 1934 folgender Absatz einzufügen:

„ Wir kämpfen auch gegen die Diskriminierung von männlichen und weiblichen Prostituierten. Sexarbeit ist so alt wie die Menschheit. Sie zu kriminalisieren führt nur zu einer Stigmatisierung und Entrechtung der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter. Wir unterstützen Huren- und Strichervereinigungen in ihrem Kampf um berufliche und gesellschaftliche Anerkennung, bessere Arbeitsbedingungen und beim Schutz vor Zuhälter- und Freierübergriffen. Wir wenden uns gegen Menschenhandel in jeder Form.“

In das Kapitel „Einwanderungsland Deutschland“ ist nach Zeile 1911 einzufügen:

„Christentum Islam Judentum und alle anderen Glaubensgemeinschaften gehören gleichberechtigt in unsere deutsche Gesellschaft. Eine Ausgrenzung von muslimischen Mitbürgern mit dem Feigenblatt schwulen - und lesbenfreundlicher Politik und eine damit einhergehende Spaltung der Bewegung ist mit uns nicht zu machen. Sicherlich gibt es Probleme beim Umgang miteinander. Die Antwort darauf kann jedoch nicht das Kultivieren von Vorurteilen sein, sondern die einzig richtige Lösung ist ein offener Dialog mit allen Glaubensgemeinschaften. Denn in jeder Religion gibt es Fundamentalismen, die es zu bekämpfen gibt aber auch genauso fortschrittliche Kräfte die eine emanzipatorische Linke unterstützen muss.“

Antrag 3
Antragsteller: Terence Freibier, LAG Berlin-Brandenburg (?)
Änderungsantrag zum Erfurter Parteitag

Grundsatzprogramm DIE LINKE, 2. Entwurf	1. Änderungsvorschlag
Antidiskriminierungspolitik DIE LINKE wendet sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund jedweder körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung. Alle Barrieren – in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation – wollen wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung bedrohten Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden. Wir wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik ist dringend notwendig und erfordert ein neues Familienbild. Neben verheirateten sind unverheiratete Eltern, Patchwork-Familien und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen, als Erziehende anzuerkennen. DIE LINKE streitet für eine aktive Antidiskriminierungspolitik, die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und derjenigen, die nicht den üblichen Geschlechterrollen entsprechen, und für die Förderung ihrer zivilgesellschaftlichen Strukturen.	**VIELFALT UND SELBSTBESTIMMUNG** DIE LINKE steht für Akzeptanz von Vielfalt und die freie Selbstbestimmung des Einzelnen. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der geschlechtlichen Identität, des Alters, der Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund jedweder körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung. Alle Barrieren – in Mobilität, Erziehung, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf, der Verwaltung und in der Kommunikation – wollen wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung bedrohten Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden. Wir wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Lebensentwürfe und Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik ist dringend notwendig und erfordert ein neues Familienbild. Neben verheirateten sind unverheiratete Eltern, Patchwork-Familien und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen, als Erziehende anzuerkennen. Die Ehe muss ihnen offen stehen. DIE LINKE streitet für eine aktive Antidiskriminierungspolitik, die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und derjenigen, die nicht den üblichen Geschlechterrollen entsprechen und für die Förderung ihrer zivilgesellschaftlichen Strukturen. Unser Ziel ist eine freie und offene Gesellschaft, in der Vielfalt tatsächlich akzeptiert wird und die sich solidarisch dem Rassismus, Faschismus, Sexismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie und allen anderen Formen von Diskriminierung und Menschenverachtung entgegenstellt.

Antrag 4
Wahl von Delegierten für das lgbt+ Netzwerk der EL
LAG Saar

Antrag zur Wahl für 2 Delegierte für die Vertretung der BAG-Queer bei der LGBT - El

Die Bundesdelegiertenversammlung der BAG-Queer soll beschließen,
dass zwei Delegierte für die LGBTQ und - EuropeanLeft- Treffen durch die Hauptversammlung gewählt werden.

Begründung:
Eine nachvollziehbare / transparente Bestellung der Vertreter für die LGBTQ und EurpoeanLeft - Treffen muss gewährleistet sein.
Dies wird am besten durch eine Wahl der Hauptversammlung gewährleistet.

Martin Simmermann
Conny Reinhart
Thomas Ballbach
Christian Krombach
Reinhold Kraft

Antrag 5
Antrag auf Änderung der Satzung

Antragsteller_innen: LSPR LAG Queer NRW

Stephan Wittig, Swen Bäther, Thomas Koch, Wolfram Goebel, Heiner Bäther, Marcus Glöder, Yasemin Kizilirmak, Markus Nellessen-Siebert, Jessica Schulz, Oliver Schulz, Hans Dombrowski (alle NRW)

Ruwen Krieger (Hessen, BSPR)
Tim Bühner (NRW, BSPR)
Conny Reinhard (Saarland, BSPR)

§12 Zusammensetzung und Wahl des Bundessprecher_innenrates

alt	**neu**
(1) Der Bundessprecher_innenrat besteht aus mindestens zwei gleichberechtigten Sprecher_innen. Darüber hinaus können in den Bundessprecher_innenrat bis zu 4 Beisitzer_innen gewählt werden. Die Anzahl der Mitglieder des Bundessprecher_innenrates wird vor Durchführung der Wahl durch die Hauptversammlung festgelegt. Die Regelungen zur Gleichstellung und zur Geschlechterdemokratie in den §§ 9 und 10 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE	(1) Der Bundessprecher_innenrat besteht aus mindestens zwei und höchstens acht gleichberechtigten Sprecher_innen. Die Anzahl der Mitglieder des Bundessprecher_innenrates wird vor Durchführung der Wahl durch die Hauptversammlung festgelegt. Die Regelungen zur Gleichstellung und zur Geschlechterdemokratie in den §§ 9 und 10 der Bundessatzung der Partei DIE LINKE sind anzuwenden.

sind anzuwenden.	

Begründung:

Der Informationsfluss innerhalb des BSPR ist durch die hierarchische Organisation in der Vergangenheit nicht gegeben gewesen. So wurden die BeisitzerInnen zu knapp zu den Queerempfängen der BT- und der Berliner Abgeordnetenhaus- Fraktion eingeladen.
Bei der Programmgestaltung zur Konferenz Geschlecht und Sexualität vom Oktober 2010 wurden die BeisitzerInnen nicht mit einbezogen. Dies sind nur Beispiele einer nicht gelungenen Kommunikation, die wir strukturell besser organisieren können.

Wir sollten als Arbeitsgemeinschaft einer emanzipatorischen Partei die Hierarchien so gering wie möglich halten. Die Umgestaltung des BSPR ist ein Ansatz dazu.

ANTRAG 6
SATUNGSÄNDERUNG
ANTRAGSTELLER: UWEFIEDLER

DEN DELIGIERTENSCHLÜßEL HALTE ICH FÜR UNAUSGEWOGEN , BAYERN (MÜNCHEN IST EINE 1,8 MIO EINWOHNERSTADT) NUR MIT 2 DELIGIERTEN ZU BESETZEN HALTE ICH FÜR FALSCH.

DESALB BEANTRAGE ICH EINE SATZUNGSÄNDERUNG :
(DEN TEXT KÖNNTE MAN VERBESSERN - ES GEHR MIR NUR UM DEN INHALT)

UM DORT IN IN LANDTAG DEMNÄCHST REIN ZU KOMMEN BRAUCH ES HIER STÄRKERER PRÄSENZ, GERADE IN SÜDDEUTSCHLAND BRAUCHEN WIR MEHR UNTERSTÜZUNG VON UNSERER PARTEI !
48 ZU VERGEBENE MANDATE DUCH 12 AUFGEFÜHRTE BUNDESLÄNDER GÄBE EIN SCHNIT VON 4 - DIESES WÜRDE ICH FÜR EIN SCHWACHES BUNDESLAND AUF 3 DELIGIERTE SETZEN UND GRÖßERE NICHT MEHR ALS 6 ! WIR WOLLEN DOCH DIE PARTEI FÄCHENDECKEND AUFBAUEN ODER NICHT ? ICH BITTE EUCH DAS NOCH MAL GENAU ZU ÜBERDENKEN, UND WARNE DAVOR VOR BAYERN SO KLEIN ZU HALTEN !